attac

Das europäische Projekt retten und umgestalten!

Maßnahmen für einen Weg aus der Eurokrise hin zu einem solidarischen Europa

Die Schuldenkrise des Euroraums ist teilweise eine Folgekrise der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Es war die gigantische Sozialisierung von Verlusten finanzwirtschaftlicher Akteure, die die Haushalte der Mitgliedsländer derart in Schieflage gebracht hat. Die Krise des Euroraums ist aber auch eine eigenständige Krise, eine Krise seiner Verfasstheit. Die neoliberale Gestaltung der gemeinsamen Geldpolitik bei gleichzeitigem Verzicht auf eine wirtschafts- und sozialpolitische Integration führt zwangsläufig zu strukturellen Ungleichgewichten, deren Verlierer systematisch in die Schuldenfalle getrieben werden.

Diese verschiedenen Ursachenkomplexe gilt es beim politischen Umgang zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund dieser Analyse fordert Attac die Umsetzung der folgenden acht Maßnahmen, um die Krise sozial verträglich zu überwinden und Schritte in Richtung eines solidarischen Europas zu machen:

1 Eine Finanztransaktionssteuer in der EU

- Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um Spekulation einzudämmen und Armut wirksam zu bekämpfen

2 Finanzmarktschrumpfung durch Verbote und Finanzmarkt-TüV

- Hedgefonds und Finanzprodukte wie ungedeckte Leerverkäufe, CDO-Spekulation etc. haben keinen gesellschaftlichen Nutzen. Sie sind Instrumente der Attacken gegen Staaten und müssen verboten werden.
- Neue Finanzprodukte sind vor der Zulassung auf ihren Nutzen und potenziellen Schaden hin von einem Finanzmarkt-TüV zu überprüfen.

3 Reichtum ist vorhanden - Konzerne und Millionäre zur Kasse bitten

- Durch einen Mindestunternehmenssteuersatz von 30 % und die Einführung einer europaweiten Reichensteuer werden Staatshaushalte entlastet und die Abwärtsspirale im Steuerwettbewerb gestoppt. Ziel muss eine gemeinsame, faire Steuerpolitik sein.

4 Gemeinschaftliche Eurobonds ausgeben

- Eurobonds verhindern die Spekulation mit Staatsanleihen und bedeuten eine faire Verteilung der Krisenlasten unter allen Mitgliedsstaaten der Eurozone.

5 Gläubiger an Krisenkosten beteiligen

- Für Staatsschulden, die auf Bankenrettung zurückzuführen sind, müssen private Gläubiger mithaften. Ein Umschuldungsverfahren ist notwendig.

6 Für eine solidarische und koordinierte Wirtschaftspolitik

- Die Gestaltung gemeinsamer Wirtschaftspolitik muss einen Abbau der ökonomischen, sozialen und ökologischen Ungleichgewichte beinhalten. Dafür sind makroökonomische Indikatoren zu entwickeln.
- Außenhandelsungleichgewichte müssen verringert werden.

7 Mindeststandards bei Löhnen und sozialen Sicherungssystemen

- Der Abwärtsspirale bei Löhnen und sozialer Sicherheit durch die Standortkonkurrenz ist durch einen europaweiten Mindestlohn und Mindeststandards bei den sozialen Sicherungssystemen Einhalt zu gebieten.
- Ein entsprechender politischer Prozess ist unmittelbar auf den Weg zu bringen.

8 Die Schaffung eines europäischen Fonds für große ökologische Aufgaben

- Dieser Fonds wird durch eine europäische Ökosteuer finanziert, die die Verursacher der Umweltverschmutzung bezahlen.
- Sanierung der Flüsse, Ausbau des Schienentransportnetzes, Förderung erneuerbarer Technologien und Energien.

Darüber hinaus ist es wichtig, eine neue Perspektive eines gemeinsamen Europas zu entwickeln. Die Idee der Integration ausschließlich im Sinne einer großen Freihandelszone Europa hat versagt. Das neoliberale Modell wird nicht zuletzt durch die aktuelle Krise vollständig delegitimiert. Eine gemeinsame Perspektive der europäischen Bevölkerung kann es nur geben, wenn die Menschen aus ihr Nutzen ziehen und ihr zustimmen können. Das integrierte Europa muss deswegen solidarisch, sozial, ökologisch und demokratisch sein.

Über die Überwindung der aktuellen Krise hinaus besteht deswegen eine zentrale Aufgabe in der Entwicklung einer neuen Perspektive, die mit der Leitidee einer marktradikalen Wettbewerbsordnung grundlegend bricht.